

21. Januar 10

Rede zum Haushalt des Landkreises Karlsruhe für das Jahr 2010

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,
gemäß dem Grundsatz "Global Denken, lokal Handeln" stelle ich einige allgemeine Gedanken
an den Anfang.

Ein endloses Wachsen in einer endlichen Umgebung, auf unserer endlichen Erde ist nicht
möglich. Dies ist für jeden, der darüber etwas nachdenkt, einleuchtend, mathematisch leicht
beweisbar und trotzdem ist der Wachstumsglaube der meisten Ökonomen und der schwarz-
gelben Regierung ungebrochen. Jeder will mehr haben als er schon hat, ein freiwilliger Verzicht
auf mehr ist den meisten Menschen noch nie in den Sinn gekommen. Die Gier scheint
grenzenlos zu sein, Banker und Manager, die unglaublich viel verdienen, sind das extremste
Beispiel dafür. Die Regierungen bedienen diesen Trieb des Menschen und versprechen, dass es
allen besser gehen wird. Deshalb wächst die Wirtschaft, wächst der Energieverbrauch,
wachsen die Emissionen klimaschädlicher Gase. Ein Zusammenbruch eines endlichen Systems,
das durch zu starkes Wachstum an seine Grenze gekommen ist, kann sehr schnell gehen. Die
geplatze Immobilienblase in den USA hat fast über Nacht die Weltwirtschaftskrise verursacht.
Der drohende Untergang der Malediven, das Versinken der Eisbären im Meer, weil es kein Eis
mehr gibt, auf dem sie leben können, sind Warnzeichen der Natur für einen dramatischen,
durch Wachstum verursachten Klimawandel.

Wir da oben, die da unten. Unsere Gesellschaft fällt immer mehr auseinander. Die
Lebensbedingungen der meisten Menschen in unserem Land sind gut. Aber einige wenige
tausend Menschen besitzen und verdienen zusammen mehr als einige Millionen Menschen am
anderen Rand unserer Gesellschaft, denen es finanziell schlecht geht, die wenig oder gar nichts
haben, die am Existenzminimum leben und die deshalb auch häufig soziale Probleme haben.
Für diese wird das soziale Netz geknüpft, das sie auffängt, aber in dem sie auch verstrickt und
oft dauerhaft gefesselt sind. Eine Lösung dieses Problems ist nicht erkennbar. Diese
zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft spiegelt sich im Sozialetat unseres Landkreises
durch weiter steigende Fallzahlen und Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfe wider.
Besonders schlimm ist es, dass immer mehr Familien, Jugendliche und Kinder auf Hilfe durch das
Jugendamt angewiesen sind.

Die Arbeit des Sozialdezernats wird von dem richtigen Grundsatz "ambulante vor stationärer
Versorgung" geleitet. Dies ist für die betroffenen Menschen wichtig, deren Lebensqualität in
vertrauter Umgebung sicher höher ist als bei Betreuung in einer stationären Einrichtung und

für den Kreis sind die Kosten geringer. Wir unterstützen den weiteren Ausbau der vorbeugenden Hilfen, der aufsuchenden Hilfen, der "Frühen Hilfen", der Kinderbetreuung, der Schulsozialarbeit und der psychologischen Beratungsstellen. Viele Menschen können dadurch frühzeitig vor einem Abdriften in schwierige menschliche Problemlagen bewahrt werden. Hinzu kommt, dass hierdurch Kosten vermieden werden können. Gestiegene Fallzahlen und mehr schwierige Fälle im Sozialbereich erfordern mehr Personal im Sozialdezernat. Wir halten die von der Verwaltung für diesen Bereich geplante Verstärkung des Personals für notwendig und richtig. Besonders freuen wir uns über die Stelle für eine Hebamme im Bereich der "Frühen Hilfen" im Gesundheitsamt.

Die Psychologischen Beratungsstellen leisten hervorragende Arbeit, die den Betroffenen hilft aber auch durch ihre vorbeugende Wirkung längerfristig betrachtet Kosten spart. Wir stimmen daher der Änderung der Förderkriterien für die Psychologischen Beratungsstellen in freier Trägerschaft zu. Wir teilen die durch Kosten- und Fallzahlenvergleich mit anderen Kreisen begründete Auffassung, dass der Ausbau der Beratungsangebote die Fallzahlen- und Kostenentwicklung in der Jugendhilfe positiv beeinflusst. Wir stimmen daher der zusätzlichen Förderung von jeweils 0,5 Stellen bei den Beratungsstellen des Diakonischen Werkes in Bretten und Bruchsal zu.

Bildung ist ein kostbares Gut, sowohl persönlich für jeden einzelnen, aber auch für unsere Gesellschaft. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in einer globalisierten Welt hängt noch mehr als früher entscheidend vom Wissen und den Fähigkeiten der Beschäftigten ab. Die Voraussetzung dafür ist eine ausgezeichnete Ausbildung in den Schulen. Der Landkreis leistet hierfür in seinem Zuständigkeitsbereich in den Berufsschulen Hervorragendes. Um so mehr ist der Ausfall von bis zu 20 % an Unterrichtsstunden in den beruflichen Schulen des Landkreises ein Skandal, den die Landesregierung zu verantworten hat. Auch in der Schulsozialarbeit, deren Ausbau um 1/2 Stelle bei der Handelslehranstalt Bruchsal wir befürworten, ist das Land in der Pflicht einen Beitrag zu leisten, da die Vermittlung sozialer Kompetenzen zum Bildungsauftrag gehört und damit in die Zuständigkeit des Landes fällt.

Die Sonderschulen, in denen mit großem Engagement Ausgezeichnetes geleistet wird, werden vom Landkreis mit unserer Unterstützung vorbildlich gefördert. Darüber hinaus sind für uns, so weit wie möglich, die wohnortnahe Beschulung von behinderten Kindern und ihre Integration in die Regelschule nach wie vor ein wichtige Anliegen.

Wir begrüßen die Bemühungen zur Senkung des Energieverbrauchs in den kreiseigenen Gebäuden, und erinnern daran, dass wir dies bereits vor langer Zeit gefordert hatten. Die durch das Konjunkturprogramm angestoßenen Gebäudesanierungen in den Kreisschulen und das geplante Gebäudesanierungsprogramm für alle Liegenschaften werden einen wichtigen Beitrag zur Energieeinsparung und damit zum Klimaschutz leisten und sich durch geringere Betriebskosten amortisieren. Die Einstellung eines Energiemanagers und die Einrichtung einer Umwelt- und Energieagentur werden in naher Zukunft bereits Früchte tragen. Der Bau von Windkraftanlagen auf dem Kreisgebiet wird leider immer noch durch Regionalpolitik und Gemeinden blockiert. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob die Mülldeponie Bruchsal ein geeigneter Standort für Windkraftanlagen wäre und dem Kreistag über das Ergebnis zu berichten.

Die Förderung und der weitere Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, ein Aushängeschild unserer Region, ist weiterhin ein wichtiges Anliegen meiner Fraktion, nicht zuletzt weil dies auch ein Beitrag zum Umweltschutz ist. Wir begrüßen die geplante

Überlappung des KVV mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar, die Maßnahmen an den Strecken Karlsruhe-Mannheim und Heidelberg-Bruchsal und die Planung für die Erschließung des nordwestlichen Landkreises durch die Stadtbahn. Hoffentlich wird der Ausbau der Strecke Bruchsal-Germersheim noch vorher fertig.

Die neue Struktur der Kreiskliniken zeigt bereits erkennbare wirtschaftliche Erfolge. Die Zukunft der Kliniken in öffentlicher Trägerschaft scheint gesichert. In beide Kliniken wird sinnvoll investiert, um die Patientenversorgung weiter zu verbessern. Wir unterstützen alle geplanten Maßnahmen: in Bruchsal die Erweiterung der zentralen Notaufnahme, den Bau eines Ärztehauses, dass durch Mieteinnahmen refinanziert wird, die Aufstockung des B-Baus und die Erweiterung des C-Baus sowie die Überarbeitung der Planung im E-Bau und in Bretten einen Neubau. Wichtig ist uns, dass das Personal der Kliniken mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen im Vorfeld von Entscheidungen einbezogen wird. Nur zufriedene Beschäftigte leisten gute Arbeit. Der Blick von außen durch die Leitung der Klinikholding und die damit verbundene Durchsetzungsfähigkeit ist bei der erforderlichen Umstrukturierung hilfreich. Die Optimierung der Kliniken als Ganzes steht jetzt im Vordergrund. Wir gehen davon aus, dass alle Chefärzte dies auch so sehen und nicht nur ihre eigene Abteilung im Blick haben. Bei unserem Kreistagskollegen Prof. Wacker werden wir sicher Unterstützung für dieses Anliegen finden.

Die Abfallwirtschaft läuft gut auf den eingerichteten Bahnen, hatten wir noch bis vor kurzem gedacht, bis plötzlich das Duale System seine Marktstellung rücksichtslos ausnutzt, in dem es sich nicht mehr anteilsgemäß an den Kosten der Wertstoffentsorgung beteiligen will. Wir halten dies für skandalös und unterstützen die Verwaltung bei ihrem Bemühen, das bewährte System der Wertstofftonne zu erhalten.

Ich wende mich nun den Finanzen zu. Der Haushalt 2010 kann mit einer Kreisumlage von weiterhin 26 Punkten, entsprechend 120 Mio. Euro und einer Nettokreditaufnahme von 13 Mio. Euro ausgeglichen werden. Noch 12 Mio. Euro mehr als die Einnahmen durch die Kreisumlage, also 132 Mio. Euro gibt der Landkreis für Sozial- und Jugendhilfe aus. Dies ist ein Maßstab an dem sich die Höhe der Kreisumlage orientieren sollte. Noch mehr als das, was der Kreis von den Städten und Gemeinden über die Kreisumlage einnimmt, gibt er für die soziale Unterstützung seiner Einwohner wieder aus. Die Kreisumlage sollte also keinesfalls gesenkt werden, wie dies immer wieder aus der Bürgermeisterfraktion und heute auch von der CDU-Fraktion gefordert wird. Wir Kreisräte haben den Kreishaushalt in Ordnung zu halten.

Bei den Personalkosten ist trotz Stellenvermehrung nur eine Steigerung um 1 % geplant. Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren durch organisatorische und technische Verbesserungen, durch Verbesserung von Arbeitsabläufen und durch die Stellenbesetzungssperre umfangreiche Einsparung von Personalkosten und -stellen erreicht. Dieses Bestreben zur Kostensenkung darf aber nicht soweit gehen, dass die Arbeitsbelastung der Beschäftigten unzumutbar wird oder dass wichtige Aufgaben nicht erledigt werden können. Die heute von der CDU-Fraktion beantragte Kürzung der Personalausgaben um 1 % lehnen wir ab.

Bund und Land übertragen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen, ohne dass sie die dafür entstehenden Kosten ausreichend mitfinanzieren. Die Kommunen sind aber das Herz unserer Gesellschaft. Ihre Investitionen sind die Grundlage für eine gute Infrastruktur, sie sind aber auch für die Wirtschaft wichtig. Wenn Bund und Land die Kommunen unzureichend finanziell ausstatten, gerät unser Gemeinwesen in Gefahr.

Die Wirtschaftskrise wird ab 2011 voll durch verringerte Einnahmen beim Landkreis ankommen. Wenn alle angedachten Investitionen umgesetzt werden, wird die Verschuldung des Landkreises Ende 2013 mit 114 Mio. Euro etwa 27 Mio. Euro höher sein als jetzt. Wir halten dies nicht für verantwortbar. Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Die Zinsbelastungen durch die Schulden würden die Handlungsfähigkeit zu stark einschränken. Die Grüne Fraktion ist der Meinung, dass deshalb bereits jetzt deutliche Zeichen gesetzt werden müssen, dass die Ausgaben in der mittelfristigen Finanzplanung gesenkt werden müssen. Es dürfen keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Es müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden: Bildung, Schulen, soziale Hilfen, öffentlicher Personennahverkehr und die Kliniken müssen die höchste Priorität erhalten.

Im Straßenbau dagegen ist nur das Notwendigste möglich, da ja auch die meisten Kreisstraßen in einem guten Zustand sind. Die Ausgaben in 2010 für den Straßenbau und die Straßenunterhaltung müssen daher mit dem Ziel der Mitteleinsparung in Kürze noch einmal mit einer aktualisierten Prioritätenliste auf den Prüfstand der Ausschüsse. Wir beantragen deshalb, die in den Haushalt für die Sanierung von Straßendecken eingestellten 1 Mio. Euro um 500000 Euro zu kürzen. Die Umgehungsstraße K 3575 Bad Schönborn ist mit einem Kreisanteil von 9,0 Mio. Euro auf absehbare Zeit nicht finanzierbar, ganz abgesehen von der durch einen Bau verursachten Naturzerstörung, der Beeinträchtigung der Naherholung und des Landschaftsbildes. Ähnliches gilt für den Umbau des Knoten K3579/L 560 bei Friedrichstal mit einem Kreisanteil von 0,5 Mio. Euro, für den außerdem ein dringender Bedarf für uns nicht erkennbar ist. Die Beseitigung des Bahnübergangs in Gondelsheim tragen wir dagegen mit. Auf das Radverkehrskonzept für den Landkreis Karlsruhe sind wir gespannt. Den von der CDU-Fraktion heute befürworteten Bau der Nordtangente Karlsruhe lehnen wir ab. Der Durchstich des Hardtwaldes mit einer Straße wäre für uns eine Horrorvorstellung. Wir halten allerdings die Verbindung im Osten von der Autobahn bis zur Haid-und-Neu-Straße zur Entlastung Hagsfeld für sinnvoll. Herr Landrat, wir bitten Sie, ihre Äußerungen zu überörtlichen Straßenbauprojekten mit dem Kreistag abzustimmen.

Den Antrag der Verkehrswacht auf 120.000 Euro Zuschuss zur Sanierung des Verkehrsübungsplatzes in Karlsruhe lehnen wir ab. Die Verkehrserziehung von Erwachsenen muss im vollem Umfang von denen finanziert werden, die sie in Anspruch nehmen. Dies ist keine öffentliche Aufgabe. Wer die Schulden des Landkreises im Blick hat, sollte dieser Freiwilligkeitsleistung nicht zustimmen.

Wir stimmen dem Haushalt 2010 zu, lehnen das Investitionsprogramm für 2011 wegen der darin enthaltenen Straßenbaumaßnahmen aber ab. Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, beim Kämmerer sowie bei allen Beschäftigten für die ausgezeichnete Arbeit.